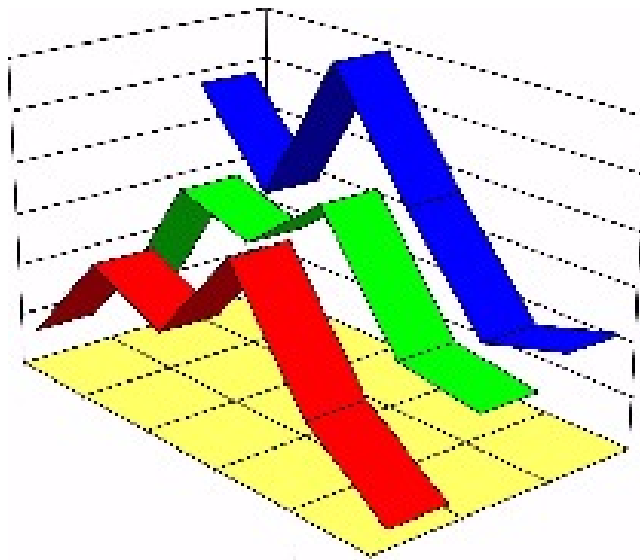




LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ HESSEN

---

# Kommunalwahlen 2001



Agitation und Ergebnisse  
rechts- und linksextremistischer  
Parteien und Bündnisse

# A. RECHTSEXTREMISMUS

## 1. „Die Republikaner“ (REP)

### 1.1. Ausgangslage

Permanente Wahlniederlagen sowie daraus resultierende innerparteiliche Querelen prägen seit Jahren die Situation der **REP**. Bereits bei den Kommunalwahlen 1997 mußte die Partei Stimmenverluste hinnehmen. Landesweit erreichten die **REP** damals 6,6% und verloren 1,7 %-Punkte im Vergleich zu den Kommunalwahlen 1993. Diese Verluste waren fast durchgängig festzustellen.

Bei der Landtagswahl in Hessen am 7. Februar 1999 konnte die Partei von dem Wahlverzicht der **Deutschen Volksunion (DVU)** nur wenig profitieren. Obwohl die **REP** erstmals flächendeckend mit einer Landesliste und Direktkandidaten in allen Wahlkreisen angetreten waren, erzielten sie lediglich 2,7% der Zweitstimmen. Weitere Verluste verzeichneten die **REP** 1998 sowohl bei der Bundestagswahl als auch bei der Europawahl.

Nicht zuletzt die Kritik aus den eigenen Reihen am Bundesvorsitzenden Dr. **Rolf SCHLIERER** wegen seines Festhaltens am strikten Abgrenzungskurs gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien und Einzelpersonen führte zu einer innerparteilichen Zerreißprobe. Dennoch wirkte das allgemeine Erscheinungsbild der **REP** in jüngster Zeit nach außen hin sehr gemäßigt. Die Sorge um den Bestand der Partei, ausgelöst durch einen Rückgang der Mitglieder auf Bundesebene von 14.000 auf 13.000, und die Diskussion über ein mögliches Verbot der **NPD** dürften die „innerparteiliche Opposition“ veranlaßt haben, den „weichen“ Kurs Dr. **SCHLIERERs** mitzutragen.

1999 begrüßte der **REP**-Landesverband Hessen die damals geplante Novellierung des Hessischen Kommunalwahlgesetzes mit den Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens. Mit dem Wegfall der 5%-Hürde erhoffte die Partei mehr Sitze in den kommunalen Parlamenten zu erreichen, um damit ihrem Vorhaben, die „kommunalpolitische Basis auszubauen“, ein Stück näher zu rücken.

## 1.2. Wahlkandidaturen

Mit der Verabschiedung eines 17 Punkte umfassenden Programms starteten die **REP** im Oktober 2000 in den Wettbewerb um die Mandate in den hessischen Kommunalparlamenten. In seiner Eröffnungsrede „Republikanische Kommunalpolitik in Hessen - Rückblick und Ausblick“ attestierte der Landesvorsitzende **Haymo HOCH** den kommunalen Mandatsträgern eine „durchweg erfolgreiche Tätigkeit, die auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden“ solle. Ziel des bevorstehenden Wahlkampfes sei es, an die Erfolge der vergangenen Jahre anzuknüpfen und erneut vor der **FDP** als „viertstärkste Kraft im Land“ in die Kommunalparlamente einzuziehen. **HOCH** zeigte sich überzeugt, daß dies auch bei den kommenden Wahlen gelingen werde.

Die anfängliche Euphorie wurde jedoch durch fehlendes Kandidatenpotential relativ schnell gedämpft. So traten die **REP** in diesem Jahr lediglich in 3 kreisfreien Städten (1997: 4), in 23 kreisangehörigen Städten und Gemeinden (1997: 22) und bei 17 Kreistagswahlen (1997: 21) an.

Das von **HOCH** angestrebte Wahlbündnis mit dem „**Bund Freier Bürger**“ (**BFB**) erledigte sich durch dessen Auflösung Ende des vergangenen Jahres. Die vereinzelt angedachten Listenverbindungen mit der „**Nationaldemokratischen Partei Deutschlands**“ (**NPD**) verhinderte der südhessische **REP**-Bezirksvorstand mit einer entsprechenden Resolution.

## 1.3. Wahlkampfagitiation

In ihrem Programm zur Kommunalwahl erklärten die **REP**: „Die REPUBLIKANER sehen es als ihre Hauptaufgabe an, in den hessischen Kommunalparlamenten die Stimme des Volkes zu sein und die Bürger vor dem Machtmißbrauch der selbsternannten Monopoldemokraten zu schützen“. Die **REP** wollten sich u. a. für folgende Ziele einsetzen:

- „Mehr Demokratie“.
- „Bessere Schulen“.
- „Kultur bewahren“.
- „Sicherheit auf unseren Straßen“.

- „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“.
- „Kinderfreundliche Familienförderung“.
- „Keine Sonderrechte für Ausländer“.

Die hinter diesen Schlagworten stehenden Motive der **REP** lassen sich erst aus den dazu gehörigen Erläuterungen entnehmen. Alles Deutsche steht dabei im Vordergrund. So wollen die **REP** den „Export von Arbeitsplätzen“ verhindern und fordern Maßnahmen „gegen den ungebremsten Import von Arbeitskräften“. Die „kinderfreundliche Familienförderung“ ist „ausschließlich für junge deutsche Familien“ gedacht. „Sonderrechte für Ausländer“ werden verneint: „Eine doppelte Staatsbürgerschaft als Gastgeschenk lehnen wir ebenso ab wie Ausländerbeiräte. Abgelehnte Asylbewerber und straffällig gewordene Ausländer sind unverzüglich abzuschieben. Wer das Gastrecht verletzt, hat es verwirkt“.

Der vielfach plakatierte Aufruf der **REP** „Traut Euch - Wählt uns“ sollte die Wähler ermutigen, trotz der Debatte über ein **NPD**-Verbot und trotz der allgemeinen gesellschaftlichen Stigmatisierung des Rechtsextremismus eine „national-bewußte“ Partei zu wählen.

Die Frankfurter **REP**-Fraktion forderte in ihrem regionalen Wahlkampfprogramm eine „Stadt, in der sich vor allem ‚Normalbürger‘ wohlfühlen. [...] Die Politik der Altparteien zugunsten von Ausländern und zum Nachteil der deutschen Bevölkerung geht munter weiter. Immer mehr Stadtteile verkommen zu Slums, in denen für Deutsche kein Platz mehr ist. [...] Frankfurt ist und bleibt eine weltoffene, gastfreundliche aber eindeutig deutsche Stadt“. Die **REP** behaupteten: „Wir bekennen uns als einzige Partei zu Deutschland und zur deutschen Stadt Frankfurt“.

In den Programmpunkten „Sicherheitspolitik“ und „Ausländerpolitik“ wurde die fremdenfeindliche Agitation der Frankfurter **REP** besonders deutlich. Für die Kriminalität in Frankfurt am Main machten die **REP** monokausal Ausländer verantwortlich: „Frankfurt ist zum Tummelplatz ausländischer Mafiabanden geworden. Drogenhändler, Zuhälter, Räuber, Erpresser und Betrüger beherrschen die Stadt. [...] Die überproportional hohe Beteiligung von Ausländern an den registrierten Straftaten ist nicht mehr hinnehmbar“. Die **REP** forderten die

„Altparteien“ im Stadtparlament auf, „mit uns einen absoluten Zuzugsstopp von Ausländern nach Frankfurt zu erwirken“. Außerdem verlangten die **REP**:

- „Einer weiteren Ghettobildung in den einzelnen Stadtteilen und einem weiteren Anstieg der Ausländerkriminalität ist wirksam vorzubeugen“.
- „Familienzusammenführung sollte nur noch in den jeweiligen Heimatländern stattfinden“.
- „Wir sind strikt gegen einen Familiennachzug von Asylbewerbern“.
- „Durch den hohen Ausländeranteil in unserer Heimatstadt ist eine weitere Überfremdung nicht mehr hinnehmbar, sie führt zu sozialen Mißständen und Unruhe, da der Bürger seine Akzeptanz und Toleranz gegenüber allen Ausländern verlieren könnte“.

Im Prinzip blieben sich die **REP** mit diesen Wahlkampf-Slogans ihrem bisherigen Agitationsmuster treu. Sie äußerten sich auf ihren Plakaten jedoch nicht mehr so offen rechtsextremistisch, reißerisch und aggressiv wie in den Jahren zuvor. Vielmehr versteckten die **REP** ihre Ziele in simplen Schlagworten (Kampf gegen Euro, Ökosteuern und Asylmißbrauch). Im Vergleich zur Kommunalwahl 1997 hatte die **REP** nur vereinzelt Infostände aufgebaut und Plakataktionen durchgeführt. Wahlkampfveranstaltungen fanden nur wenige statt. Besonders erwähnenswert sind lediglich Veranstaltungen in Wiesbaden-Biebrich, Mainz-Kostheim und Bad Homburg v. d. H.

Ein regionales Ereignis in Frankfurt am Main nutzten die **REP** in diffamierender Weise für ihren Wahlkampf aus. An der zu Ehren von **Ignatz BUBIS**, des verstorbenen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, umgewidmeten früheren Obermainbrücke in Frankfurt brachten die **REP** Plakate mit der Aufschrift „Bubis-Brücke“ an. Gleichzeitig verteilten sie Postkarten mit dem Aufdruck „Frankfurter Wiedergutmachung - Obermainbrücke“, darunter durchgestrichen: „Ignatz-Bubis-Brücke“. Indem die **REP** die Wiedereinführung des alten Namens „Obermainbrücke“ forderten und dies als „Wiedergutmachung“ an den Frankfurtern werteten, verbreiteten sie eine sehr subtile Form von Antisemitismus. Inhaltlich ist der Begriff „Wiedergutmachung“ mit dem Wiedergutmachungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel von 1952 und der zur Zeit schwebenden Frage der Entschädigung von Zwangsarbeitern besetzt. Die von den **REP** vollzogene

polemische Umkehrung des Begriffs ist daher geeignet, latent vorhandene antisemitische Ressentiments in der Bevölkerung zu wecken bzw. zu fördern.

**Ignatz BUBIS** war schon früher Zielscheibe antisemitischer Äußerungen der **REP** gewesen. So beschuldigte der **REP**-Landesverband Hessen **BUBIS**, die „moralische Daumenschraube“ weiter anzuziehen und „Deutschland auf Auschwitz reduzieren“ zu wollen. „Monströse Denkmale, Sammelklagen gegen Unternehmen und die tägliche Überdosis der Marke 33/45“ seien die Ursache dafür, daß der Ruf nach einem Schlußstrich immer lauter werde.

## 1.4. Wahlergebnisse<sup>1)</sup> und -bewertung

Bei einer Wahlbeteiligung von 53,0% (1997: 66,0%) erreichten die **REP** landesweit 2,5% der Stimmen <sup>2)</sup> und verloren damit 4,1 %-Punkte im Vergleich zu den Kommunalwahlen 1997 (6,6%). Dramatische Stimmenverluste von rund 50% im Verhältnis trafen fast durchgängig die Partei. Somit konnten die **REP** ihr Ziel, „erneut vor der FDP als viertstärkste Kraft im Land“ in die Kommunalparlamente einzuziehen, nicht verwirklichen.

Besondere Einbrüche mußte die Partei z. B. in Frankfurt am Main mit 2,7% (1997: 6,2%), Offenbach mit 5,1% (1997: 10,8%) und im Main-Kinzig-Kreis mit 5,0% (1997: 10,2%) hinnehmen. Dennoch konnten die **REP** fast überall dort, wo sie angetreten waren, in die Parlamente einziehen.

Entgegen dem allgemeinen Negativtrend erzielten die **REP** jedoch in vier Orten, wo sie zum ersten Mal kandidierten, Erfolge: Haiger 9,0%, Brachtal 8,7%, Schlüchtern 7,2% und Bad Orb 5,3%. Der Wahlerfolg der **REP** in Schlüchtern könnte mit dem geplanten Bau einer Moschee und dem dortigen Widerstand eines Teils der Bürger zusammenhängen. Auch der geplante Bau einer Justizvollzugsanstalt könnte eine Rolle gespielt haben.

Mit dem aktuellen Wahlergebnis sind die **REP** augenscheinlich auf ihre eigentliche Stammwählerschaft reduziert worden. Auf das noch 1997 vorhandene Protestwählerpotential konnte die Partei in der Regel nicht mehr zurückgreifen. Die öffentliche Diskussion über den Rechtsextremismus dürfte dazu beigetragen haben, „Protestwählern“ zu verdeutlichen, daß die Stimme für eine rechtsextremistische Partei im Grunde eine verlorene Stimme ist.

<sup>1)</sup> Alle Angaben für 2001 beziehen sich auf dem vorläufigen amtlichen Endergebnis.

<sup>2)</sup> Alle in bezug auf den Landesdurchschnitt beziehen sich auf die Ergebnisse der Gemeindewahlen in den kreisfreien Städten und Kreiswahlen

## 1.5. Wahlergebnisse im statistischen Vergleich 2001 und 1997

### 1.5.1. Kreisfreie Städte

Orte	%		Sitze	
	2001	1997	2001	1997
Offenbach am Main	5,1	10,8	4	8
Wiesbaden	4,8	9,9	4	9
Frankfurt am Main	2,7	6,2	3	6
Kassel	-	4,6	-	-

### 1.5.2. Kreisangehörige Städte und Gemeinden

Orte	%		Sitze	
	2001	1997	2001	1997
Stadtallendorf	9,1	16,9	3	7
Haiger	9,0	-	3	-
Brachtal	8,7	-	2	-
Neustadt	8,5	16,4	2	5
Schlüchtern	7,2	-	3	-
Hanau	7,0	14,1	4	9
Dillenburg	5,9	11,7	3	5
Biedenkopf	5,4	-	2	-
Dietzenbach	5,3	13,5	2	6
Bad Orb	5,3	-	2	-
Waldeck	4,6	11,6	1	4
Maintal	4,0	7,5	2	3
Frielendorf	3,8	11,3	1	4
Rodgau	3,7	6,2	2	3
Geisenheim	3,5	8,9	1	3
Bad Homburg v.d.H.	3,5	6,9	2	4
Korbach	3,4	8,2	1	3



Orte	%		Sitze	
	2001	1997	2001	1997
Bad Sooden-Allendorf	3,1	9,2	1	3
Fulda	2,9	6,8	2	4
Wehrheim	2,8	-	1	-
Gelnhausen	2,6	6,4	1	2
Friedrichsdorf	2,3	4,7	1	-
Waldsolms	0,7	-	-	-
Biblis	-	14,8	-	5
Eltville	-	12,8	-	5
Brombachtal	-	8,1	-	2
Taunusstein	-	7,7	-	3
Gießen	-	5,9	-	3
Bad Vilbel	-	3,7	-	-

### 1.5.3. Kreiswahlen

Landkreise	%		Sitze	
	2001	1997	2001	1997
Main-Kinzig-Kreis	5,0	10,2	5	10
Groß-Gerau	4,0	7,3	3	6
Waldeck-Frankenberg	3,8	9,0	3	7
Marburg-Biedenkopf	3,7	8,6	3	7
Odenwald-Kreis	3,5	5,1	2	3
Offenbach	3,2	7,2	3	7
Gießen	3,2	6,8	3	6
Vogelsberg-Kreis	3,0	6,7	2	4
Hochtaunus-Kreis	2,9	5,9	2	5
Hersfeld-Rotenburg	2,8	4,7	2	-
Rheingau-Taunus-Kreis	2,7	7,6	2	5
Lahn-Dill-Kreis	2,7	7,0	2	6
Fulda	2,7	6,3	2	6

Landkreise	%		Sitze	
	2001	1997	2001	1997
Main-Taunus-Kreis	2,6	6,4	2	5
Schwalm-Eder-Kreis	2,6	6,3	2	5
Limburg-Weilburg	2,3	5,5	2	4
Werra-Meißner-Kreis	2,2	5,7	1	4
Bergstraße	-	7,5	-	6
Wetterau-Kreis	-	4,5	-	-
Kassel	-	4,0	-	-
Darmstadt-Dieburg	-	3,1	-	-

## 2. „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

### 2.1. Ausgangslage

Bei der vergangenen Kommunalwahl hatte die **NPD** landesweit nur 0,6% der Stimmen erzielt und hatte sich damit noch um 0,1 %-Punkte gegenüber ihrem Ergebnis im Jahre 1993 verschlechtert. Was ihre Rolle als Wahlpartei anbelangt, ist die **NPD** eine bedeutungslose Splitterpartei. Diese Aussage gilt ebenso für Landtags-, Bundestags- und Europawahlen, bei denen die **NPD** in den letzten Jahren ebenfalls marginale Ergebnisse erreichte.

Die im Sommer des letzten Jahres in Gang gekommene Diskussion über ein **NPD**-Verbot sowie der von der Bundesregierung im Januar beim Bundesverfassungsgericht eingereichte Verbotsantrag hat die Partei, was öffentlichkeitswirksame Aktivitäten anbelangt, in weiten Teilen gelähmt. Während sich die Parteispitze darauf konzentriert, ein Verbot abzuwenden, hat sich an der Parteibasis Verunsicherung breit gemacht. Reichten schon in der Vergangenheit die Ressourcen der hessischen **NPD** nicht aus, landesweit eine erfolgsversprechende Wahlkampagne durchzuführen, so waren in diesem Jahr ihre Kräfte noch mehr geschwächt.

Mit dem Vorwurf der Verfassungswidrigkeit konfrontiert, argumentierte die Partei stets aus der Defensive heraus. Auch der Führungswechsel im Landesvorsitz von **Hans SCHMIDT** zu dem jüngeren **Thomas HANTUSCH**, ehemaliger Vorsitzender der „**Jungen Nationaldemokraten**“ (**JN**), konnte an dieser - aus der Sicht der **NPD** - sehr ungünstigen Ausgangsposition nichts ändern.

### 2.2. Wahlkandidaturen

1997 hatte die **NPD** für fünf Kreistage sowie in zwei kreisfreien Städten und in zwölf kreisangehörigen Städten und Gemeinden Kandidaten aufgestellt. Dabei errang sie insgesamt 30 Kommunalmandate. Die besten Wahlergebnisse erzielte die **NPD** in Leun (21,5%), Wölfersheim (22,7%) und Ehringshausen (22,9%). Diese Erfolge

waren Ausfluß des regionalen Bekanntheitsgrades einzelner Parteifunktionäre und ihres festen sozialen Eingebundenseins in die jeweilige Ortskultur.

Im Vergleich zur Kommunalwahl 1997 trat die **NPD** dieses Mal in weniger Wahlkreisen an. Sie stellte lediglich Kandidaten in drei Landkreisen und in acht Gemeinden auf. Die **NPD** kandidierte nicht mehr in den Kreisen Darmstadt-Dieburg, Waldeck-Frankenberg und Odenwald. Ebenso trat sie nicht in den kreisfreien Städten Frankfurt am Main und Darmstadt an. In Aßlar, wo die **NPD** 1997 10,7% erzielt und damit vier Mandate errungen hatte, vermochte die Partei bei der diesjährigen Kommunalwahl niemanden für die Kandidatur auf ihrer Liste zu gewinnen. Die **NPD** in Aßlar gab den Medien mit „ihrer Panikmache“ die Schuld dafür. Jedem, der sich zur **NPD** bekenne, werde nahegelegt, den Arbeitsplatz zu wechseln. Wie dünn die Personaldecke der Partei war, zeigt ebenfalls ein Vorfall in Kelkheim. Dort setzte die **NPD** zwei Personen auf ihre Wahlliste, obwohl diese sich hierzu nicht bereit erklärt hatten.

Die personelle Schwäche und den desolaten Zustand der hessischen **NPD** versuchte der Bundesvorsitzende **Udo VOIGT** zu bemänteln, indem er in der Parteizeitung „**Deutsche Stimme**“ davon sprach, daß die **NPD** nur in „ausgesuchten“ Kreisen, Städten und Gemeinden kandidiere.

### 2.3. Wahlkampfagitiation

Bemüht optimistisch gab sich der hessische Parteivorsitzende **HANTUSCH**. In der Wahlzeitung „**Hessen Stimme**“ versuchte er die Wähler davon zu überzeugen, daß die Erfolgchancen der **NPD** durch das Medieninteresse gestiegen seien. Man könne die Partei nicht mehr totschweigen: „Durch die gute Parlamentsarbeit der **NPD**-Fraktionen auf Stadt- und Gemeindeebene werden wir diesmal den Einzug in die Kreistage schaffen, denn vor Ort weiß der Bürger, daß wir die einzige Opposition gegenüber den gleichgeschalteten Altparteien sind“. Deshalb warb die Partei für sich mit dem Slogan: „Ein wachsames Auge in den Parlamenten!“ Eine Wahlentscheidung zugunsten der **NPD** bezeichnete der Bundesvorsitzende **VOIGT** als eine „echte Gelegenheit zu konstruktivem Widerstand“.

Die Partei wollte besonders Erstwähler mobilisieren. In der „**Hessen Stimme**“ hieß es: „Jugend wählt NPD. Bei der letzten Landtagswahl haben in Sachsen 9% der Erstwähler NPD gewählt, die SPD kam auf 6%“.

Die **NPD** versuchte, sich als Alternative zu den „grün, rot oder schwarz lackierten Berliner Bankrotteure[n]“ darzustellen. Die „**Hessen Stimme**“ fragte: „Ist es ein Fehler, nicht so kaputt, korrupt und verlogen zu sein, wie die anderen? Vertreten die Politiker der Bundesparteien noch die Interessen der deutschen Bevölkerung oder nur noch die der Reichen, der Ausländer und ihres eigenen Kontos?“ Der in dieser Frage formulierte Vorwurf enthielt die Kernaussage des gesamten Kommunalwahlkampfes der **NPD**.

Darüber hinaus kämpfte die **NPD** u. a. mit folgenden Argumenten um die Wählergunst:

- „Die 5-%-Hürde ist abgeschafft, jede Stimme zählt, keine ist verschenkt“.
- „NPD wählen sieht man nicht“.
- „Sollte die Demokratie beerdigt werden und der Fall eintreten, daß die NPD verboten wird, behalten wir alle Kommunalmandate und werden uns weiter für die Interessen der Deutschen einsetzen“.
- „NPD wählen bedeutet: Höchststrafen für die Altparteien“.

Als „kommunale Schwerpunkte“ griff die **NPD** im Wetterau-Kreis spezifische Themen wie z. B. den Ausbau des Personennahverkehrs und des Straßennetzes auf. Gemäß ihrem Anspruch „Die NPD ergreift Partei für die Deutschen!“ forderte sie aber auch:

- „Förderung des sozialen Wohnungsbaus für einkommensschwache deutsche Familien“.
- „Mehr Raum und bessere Freizeitangebote für die deutsche Jugend“.
- „Primäre Förderung des deutschen Kultur- und Vereinslebens“.

Nur vereinzelt, wie z. B. in Herborn und Ortenberg, hatte die **NPD** Infostände aufgebaut. Dabei wurden Handzettel verteilt. Die Resonanz in der Bevölkerung blieb gering. Im Lahn-Dill-Kreis verteilten auch Skinheads **NPD**-Flugblätter. An einer Schule in Karben versuchten **JN**-Mitglieder Flugblätter unter die Schüler zu bringen. Plakatierungen fanden sich vor allem in den **NPD**-Hochburgen Ehringhausen und

Wölfersheim. Dort wurde flächendeckend die Parole „Ein wachsames Auge in den Parlamenten“ geklebt.

Wahlkampfveranstaltungen fanden kaum statt. In Lohra besuchten am 14. März lediglich 30 Personen eine Veranstaltung mit **Udo VOIGT**. Einen Tag später kamen mehr als 100 Personen zu einem Wahlkampfauftritt in der **NPD**-Hochburg Ehringshausen. Hier sprachen in der Volkshalle wiederum der Bundesvorsitzende **VOIGT** sowie **Horst MAHLER** und **Thomas HANTUSCH**. 200 Polizeibeamte überwachten die Veranstaltung, 400 Gegendemonstranten, darunter etwa 20 Autonome, zogen währenddessen schweigend in einer Lichterkette an der Volkshalle vorbei. **MAHLER**, ehemaliges Mitglied der terroristischen **Roten Armee Fraktion** und nun als Mitglied auch Rechtsanwalt der **NPD**, schlug starke antiamerikanische Töne an. Ein starkes Europa und ein starkes Deutschland gefährdeten die Weltmachtstellung der USA. Deutschland und die Deutschen sollten mittels „multi-ethnischer Durchmischungsstrategien“ verschwinden. Die **NPD** sei nicht gewalttätig, denn jede Gewalttat nütze nur ihren Feinden.

## 2.4. Wahlergebnisse und -bewertung

Gegenüber der Kommunalwahl 1997 erfuhr die **NPD** herbe Verluste. Hatte sie 1997 noch landesweit 0,6% der Stimmen auf sich verbuchen können, so sackte sie jetzt im Landesdurchschnitt auf 0,2 % herab. Der 1997 eingeleitete Trend zur Splitterpartei hat sich deutlich verstärkt. Als Wahlpartei ist die **NPD** in Hessen in der Bedeutungslosigkeit angekommen.

Gerade in ihren Hochburgen erlitt die **NPD** drastische Einbußen. In Ehringshausen erzielte sie nur 7,1% (1997: 22,9%) und erfuhr mit dem Verlust von deutlich mehr als 50% der Stimmen landesweit ihre größte Niederlage. Der Wahlkampfauftritt von **VOIGT** und **MAHLER** hatte hier nicht den von der **NPD** erhofften Erfolg gezeitigt. Ähnlich hoch waren die Verluste in Wölfersheim, wo die Partei mit einem Ergebnis von 12,1% einen Verlust von fast 50% der Stimmen hinnehmen mußte. In Leun (1997: 21,5%) büßte die **NPD** nahezu 60% ein.

Allein bei der Wahl zum Kreistag des Wetterau-Kreises verbesserte sich die **NPD** kaum wahrnehmbar von 3,1% (1997) auf 3,3 %. Im Landkreis Marburg Biedenkopf, wo die Partei 1997 nicht angetreten war, erreichte die **NPD** lediglich 0,1% der Stimmen.

Der für die **NPD** als katastrophal zu wertende Wahlausgang dürfte, neben der äußerst geringen Wahlbeteiligung, auch auf die aktuelle Diskussion über ein Verbot der Partei zurückzuführen sein. Die fast seit einem Jahr intensiv über den Rechtstremismus geführte öffentliche Diskussion hat entschieden dazu beigetragen, daß sich - besonders in den „Hochburgen“ der **NPD** - „Protestwähler“ von der Partei abgewendet haben.

## 2.5. Wahlergebnisse im statistischen Vergleich 2001 und 1997

### 2.5.1. Kreisfreie Städte

Orte	%		Sitze	
	2001	1997	2001	1997
Darmstadt	-	3,3	-	-
Frankfurt am Main	-	0,5	-	-

### 2.5.2. Kreisangehörige Städte und Gemeinden

Orte	%		Sitze	
	2001	1997	2001	1997
Wölfersheim	12,1	22,7	4	7
Leun	8,9	21,5	2	7
Ehringshausen	7,1	22,9	2	7
Kelkheim	3,0	6,7	1	3
Reichelsheim	1,2	-	-	-
Nidda	0,9	4,7	-	-
Bad Nauheim	0,7	4,7	-	-
Karben	0,5	-	-	-
Aßlar	-	10,7	-	4
Groß-Umstadt	-	6,7	-	2
Bad Hersfeld	-	4,8	-	-
Seeheim-Jugenheim	-	3,7	-	-
Dieburg	-	3,4	-	-
Gelnhausen	-	0,6	-	-



### 2.5.3. Kreiswahlen

Landkreise	%		Sitze	
	2001	1997	2001	1997
Wetterau	3,3	3,1	3	-
Lahn-Dill	1,8	4,6	1	-
Marburg-Biedenkopf	0,1	-	-	-
Darmstadt-Dieburg	-	2,2	-	-
Waldeck-Frankenberg	-	0,8	-	-
Odenwald	-	1,0	-	-

## B. Linksextremismus

Für die Kommunalwahlen 2001 kandidierten neben den bedeutendsten linksextremistischen Parteien „**Deutsche Kommunistische Partei**“ (**DKP**) und „**Partei des Demokratischen Sozialismus**“ (**PDS**) die kleinen, in der Regel wenig beachteten „**ÖkoLinX-Antirassistische Liste**“ (**ÖkoLinX-ARL**) in Frankfurt am Main sowie zwei von der „**Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands**“ (**MLPD**) dominierte Wahlbündnisse, nämlich „**AUF-Darmstadt**“ und „**AUF-Kassel**“. Insbesondere die Kandidaturen der beiden letztgenannten Parteien sind in erster Linie auf das geänderte hessische Kommunalwahlgesetz zurückzuführen, nach dem eine Partei auch mit weniger als 5% der abgegebenen gültigen Stimmen Gemeindevertreter bzw. Stadtverordnete oder Kreistagsabgeordnete stellen kann. Außerdem wurden durch die Absenkung des aktiven Wahlrechts auf das Alter 16 Jahre und durch Kumulieren sowie Panaschieren die Chancen einzelner Kandidatinnen und Kandidaten erheblich verbessert.

Seit dem Frühjahr 2000 hatten **DKP** und **PDS** mit ihren Vorbereitungen zu den Kommunalwahlen begonnen. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien hatte weniger ideologische als taktische Gründe. Sowohl **DKP** als auch **PDS** hatten unabhängig voneinander gefordert, im beiderseitigen Interesse eine Konkurrenzsituation um Wählerstimmen zu vermeiden. Ferner war die Kooperation mit Blick auf Kandidaturen in großen Teilen gerade auf persönliche Kontakte zwischen **DKP**- und **PDS**-Mitgliedern zurück zu führen, was die Akzeptanz für gemeinsame Wahlvorschläge erhöhte. Zusätzlich gab es ein gemeinsames Interesse beider Parteien, die Chancen des neuen Kommunalwahlgesetzes für kleinere Parteien nicht nur für sich selbst, sondern im Dienst „konsequenter linker Opposition“ zu nutzen.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich, dass der „Abgrenzungsbeschluss“ der **PDS**, wonach Mitglieder anderer Parteien bei Wahlen nicht auf **PDS**-Listen kandidieren dürfen, durch die lokale, zweckgebundene Kooperation zwischen **DKP** und **PDS** faktisch zwar ignoriert wurde, aber formal nicht aufgehoben ist. Mitglieder der **PDS** hatten nach Bekanntwerden der Zusammenarbeit mit **DKP**-Vertretern sogar ihre Kandidatur zurückgezogen.

Hervorzuheben ist, dass **DKP** und **PDS** in ihren jeweiligen Hochburgen mit eigenen Kandidatenlisten antraten.

Darüber hinaus kandidierten einzelne Mitglieder beider Parteien auf Bündnislisten unterschiedlichster Bezeichnung. Dazu wird unter Bündnislisten gesondert berichtet.

# 1. „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS)

## 1.1. Ausgangslage

1997 trat die **PDS** in Hessen zum ersten Mal zu den Kommunalwahlen an. Ausschlaggebend war damals der Beschluss des Parteivorstandes „Zur Wahlteilnahme in den alten Bundesländern“.

Landesweit erzielte sie 9.600 Stimmen (0,3%); ihr bestes Ergebnis konnte die **PDS** dabei in Marburg erlangen. Dort errang sie mit 2.085 Stimmen (6,2%) vier Mandate.

Am 27. September 1998 hatte die **PDS** anlässlich der Bundestagswahl in Hessen 52.216 Zweitstimmen (1,5%) erhalten. Für den hessischen **PDS**-Landesverband konnte **Fred GEBHARDT** über die Landesliste in den Deutschen Bundestag einziehen. Nach seinem Ableben Ende August 2000 zog für ihn die Marburger Stadtverordnete **Pia MAIER** vom **PDS**-Kreisverband Marburg-Biedenkopf als Abgeordnete in den Bundestag nach.

Zur hessischen Landtagswahl 1999 trat die **PDS** nicht an. Anlässlich der Wahlen zum Europaparlament 1999 erzielte sie in Hessen 29.224 Stimmen (1,6%).

## 1.2. Wahlkandidaturen

Nachdem die **PDS** in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg aufgrund des ebenfalls geänderten Kommunalwahlrechts Stadtverordnetenmandate erringen konnte, wollte die Partei auch in Hessen antreten.

Die **PDS** konzentrierte ihre „offenen Listen“-Kandidaturen auf die Städte Frankfurt am Main (Römer-Liste), Offenbach, Gießen, Marburg (**PDS/Marburger Linke**) und Kassel (**PDS/Kasseler Linke**). In diesen Städten erhoffte sich die **PDS** den Sprung in die Kommunalparlamente. Darüber hinaus trat sie noch mit „offenen Listen“ in den Landkreisen Groß-Gerau und Marburg-Biedenkopf sowie dem Main-Kinzig-Kreis an.

Entgegen des „**PDS**-Abgrenzungsbeschlusses“, wonach Mitglieder anderer Parteien bei Wahlen nicht auf **PDS**-Listen kandidieren dürfen, waren auf allen „offenen Listen“ **DKP**-Mitglieder zu finden.

In Darmstadt kandidierten **PDS** und **DKP** mit der „**PDS-DKP/offene Liste**“ gemeinsam. Von der Bundespartei erhielt diese Liste als einzige keine finanziellen Zuschüsse.

Ferner kandidierten **PDS**-Mitglieder für die „**Wetterauer Alternative Liste**“ (**WAL**) in Friedberg und im Wetteraukreis, für die „**DKP/offene Liste**“ in Mörfelden-Walldorf, für die „**Liste Solidarität**“ in Rüsselsheim und die „**Linke Liste**“ in Wiesbaden.

### 1.3. Wahlkampfagitiation

Neben lokalen Themen richtete sich der **PDS**-Kommunalwahlkampf in Hessen inhaltlich gegen „Eichels Sparpolitik“. Damit verbunden wurde die Forderung nach einer deutlichen Stärkung der finanziellen Möglichkeiten der Kommunen. Daneben warb die Partei mit dem klassischen **PDS**-Thema, der „Forderung nach sozialer Gerechtigkeit“.

Nach Aussage des hessischen **PDS**-Landesvorsitzenden **Rolf GENSERT** führte die **PDS** auch eine „Image-Kampagne“, die darauf aufmerksam machen sollte, dass es neben den etablierten Parteien noch eine „sozialistische Alternative“ gibt. Dies machte der Landesverband auch in seinem „kommunalen Rahmenwahlprogramm“ deutlich. Trotz der Behandlung aller wichtigen Querschnittsthemen lag der Schwerpunkt auf Privatisierungsfragen, Verkehrs- und Bildungspolitik sowie antirassistischem und antifaschistischem Handeln in einer „demokratisch gestalteten Kommune“. Die **PDS** hält nach wie vor an ihrem erklärten Ziel, der Verwirklichung des „demokratischen Sozialismus“, fest. Sie will den Lebensstandort Kommune sichern und eine politische Alternative von unten aufbauen. „Kommunalpolitik muss Oppositionspolitik gegen die auf Demokratie- und Sozialabbau gerichtete Bundes- und Landespolitik sein.“

In diesem Zusammenhang vertrat der stellvertretende Vorsitzende der **PDS**, **Dieter DEHM** aus Frankfurt am Main, die Meinung, dass die „West-GenossInnen die Kommunalparlamente als Tribüne des Klassenkampfes nutzen sollten“. **DEHM** betonte ferner, dass die **PDS** auf der kommunalen und Landesebene um Vertrauen für ihre Politik werben könne, um so sukzessive die kulturelle Hegemonie zu gewinnen. In „sozialen Brennpunkten“ sollten Menschen gewonnen werden, die von der Politik abgeschrieben würden und die ihrerseits die Politik abgeschrieben haben.

Die kapitalistische Produktions- und Lebensweise führe mit zunehmenden Tempo in die existentielle Entwicklungskrise menschlicher Zivilisation. „Die Umwälzung der bestehenden Gesellschaftsordnung“ sei die logische Konsequenz, dieser Entwicklung entgegen zu wirken. Eine aktive Beteiligung der **PDS** an der Kommunalpolitik biete daher eine reale Chance, Akzeptanz für gesellschafts- und systemkritische Politikansätze zu erreichen.

Die Wahlkampfagitatorik der hessischen **PDS** bestand in Info-Ständen, im Verteilen von Flugschriften und Plakaten sowie in der Durchführung verschiedener Veranstaltungen, z.B. Stammtischen, Versammlungen und Podiumsdiskussionen, wobei ein Schwerpunkt in Frankfurt am Main war. Unterstützung erhielt sie in ihren „Wahlkampfhochburgen“ von ostdeutschen **PDS**-Landesverbänden. Dabei ging es nicht um finanzielle Hilfe, dies war Aufgabe des Bundesverbandes, sondern um personelle Unterstützung. So sollten **PDS**-Mitglieder aus dem Osten die **PDS**-Wahlkampfzeitung mitverteilen, Plakate kleben und „Bürodienst“ verrichten. Bei verschiedenen Wahlkampfveranstaltungen erhielten die **PDS**-Kreisverbände auch Unterstützung durch Parteiprominenz. Hervorzuheben sind dabei das Bundesvorstandsmitglied **Sahra WAGENKNECHT** von der „**Kommunistischen Plattform der PDS**“ (**KPF**), der Vorsitzende der **PDS**-Bundestagsfraktion **Roland CLAUS** und die **PDS**-Vorsitzende **Gabriele ZIMMER**.

## 1.4. Wahlergebnisse und -bewertung

Die **PDS** erreichte ihr erklärtes Ziel, in ihren fünf „Wahlkampfhochburgen“ Stadtverordnetenmandate zu erringen.

Allerdings hatte sie dabei unterschiedlichen Erfolg. In Offenbach (2,8% der Stimmen, 2 Mandate) und Marburg (6,4% der Stimmen, 4 Mandate), konnte die Partei entgegen ihren Erwartungen nur leicht zulegen. Größeren Zugewinn hatte sie dagegen in Frankfurt am Main (2,3% der Stimmen, 2 Mandate). Bemerkenswert waren die Ergebnisse in Gießen (3,8% der Stimmen, 2 Mandate) sowie in Kassel (3,2% der Stimmen, 2 Mandate.)

Mit der gemeinsamen Kandidatur von **PDS/DKP** in Darmstadt konnte das Ergebnis von 1997, als die **DKP** 0,6% der Stimmen erhalten hatte, mit 1,3% der Stimmen verdoppelt und ein Sitz in der Stadtverordnetenversammlung gewonnen werden.

Auch in den drei Landkreisen, in denen die **PDS** kandidierte, errang die Partei Kreistagsmandate. Wie in den Städten ist aber auch hier kein einheitlicher Trend zu erkennen. Im Landkreis Groß-Gerau (1 Kreistagsmandat) wurden 1,8% der Stimmen, im Landkreis Marburg-Biedenkopf (2 Kreistagsmandate) wurden 2,4% der Stimmen und im Main-Kinzig-Kreis (1 Kreistagsmandat) wurden 0,9% der Stimmen erzielt.

Bei der Bewertung dieses uneinheitlichen Kommunalwahlergebnisses ist davon auszugehen, dass auch der **PDS** die Mobilisierung der eigenen Wählerschaft schwerer fiel als zur letzten Bundestagswahl. Die Bedeutung der Kommunalwahlen wurde von der „**PDS**-Klientel“ offensichtlich unterschätzt.

Obwohl die **PDS** in ihren Broschüren und Faltblättern verschiedenste politische Themen aufgriff und intensiv diskutierte, konzentrierte sie sich im Wahlkampf selbst auf Forderungen nach „kommunaler Demokratie“ und „sozialer Gerechtigkeit“ sowie auf regionale Besonderheiten, z.B. den Flughafen Frankfurt am Main bzw. Kassel-Calden. Die im Vorfeld der Wahl gestartete und sowohl parteiintern als auch öffentlich stark umstrittene **PDS**-Kampagne „Entkriminalisierung weicher Drogen; Legalisierung von Cannabis-Einführung - drogenkundlicher Unterricht“ führte zu keiner stärkeren Akzeptanz beim Wähler. Auffällig ist auch, dass die **PDS** in Marburg trotz ihrer vierjährigen kommunalpolitischen Arbeit nur das Ergebnis von 1997 halten

konnte. Inwiefern dies Ausdruck für ein maximal durch die **PDS** anzusprechendes Wählerpotential in Hessen ist, wird sich bei den nächsten Wahlen zeigen.



## 1.5. Wahlergebnisse im statistischen Vergleich 2001 und 1997

### 1.5.1. Kreisfreie Städte

Orte	%		Sitze	
	2001	1997	2001	1997
Offenbach am Main	2,8	2,3	2	—
Frankfurt am Main	2,3	1,6	2	—
Kassel	3,2	1,4	2	—
Darmstadt (PDS/DKP)	1,3	0,6 <sup>1</sup>	1	—

### 1.5.2. Kreisangehörige Städte und Gemeinden

Orte	%		Sitze	
	2001	1997	2001	1997
Marburg	6,4	6,2	4	4
Gießen	3,8	1,7	2	—
Fulda	—	1,2	—	—
Bad Homburg v.d.H.	—	0,9	—	—

### 1.5.3. Kreiswahlen

Orte	%		Sitze	
	2001	1997	2001	1997
Groß-Gerau	1,8	1,1 <sup>2</sup>	1	—
Marburg- Biedenkopf	2,4	1,8	2	—
Fulda	—	0,9	—	—
Main-Kinzig-Kreis	0,9	1,0 <sup>3</sup>	1	—

<sup>1</sup> (DKP-Kandidatur)

<sup>2</sup> (DKP-Kandidatur)

<sup>3</sup> (als Bündnis „Bunte Liste Stichling“)

## 2. „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

### 2.1. Ausgangslage

Bei der Kommunalwahl 1993 konnte die **DKP** noch sechs eigene Listen aufstellen und erreichte mit Hilfe von fünf Bündnislisten 20 Sitze in Kommunalvertretungen. Sie erhielt landesweit 0,1% der gültigen Stimmen. Bei der Europa- und Bundestagswahl 1994 trat die **DKP** nicht an.

1997 konnte die **DKP** ebenfalls sechs eigene Listen aufstellen und erhielt durch die Beteiligung an vier Bündnislisten 18 Mandate.

Bei der Bundestagswahl am 27. September 1998 kandidierte die **DKP** nur im Wahlkreis 139 (Frankfurt am Main II) und erhielt 136 Stimmen (0,0%).

Bei der Landtagswahl am 07. Februar 1999 erhielt die **DKP** 1.181 (0,0%) Erststimmen und 3.881 (0,1%) Zweitstimmen.

### 2.2. Wahlkandidaturen

Wie bei der vergangenen Kommunalwahl trat die **DKP** mit eigenen Listen in Mörfelden-Walldorf und Reinheim an.

Darüber hinaus kandidierten Mitglieder der Partei auf der **PDS**-Liste in Gießen, auf der Liste **PDS/Offenen Liste** im Kreis Groß-Gerau, auf der **PDS**-Liste in Frankfurt am Main, auf der **PDS/Kasseler Linke** in Kassel, auf der Liste **PDS/Marburger Linke** in Marburg und auf der **PDS**-Liste im Main-Kinzig-Kreis.

In Darmstadt kandidierten **DKP** und **PDS** mit der „**PDS-DKP/Offene Liste Darmstadt**“ gemeinsam. Ferner kandidieren **DKP**-Mitglieder auf der „**Linke Liste**“ Wiesbaden, auf der Liste „**Solidarität**“ in Rüsselsheim und auf der „**Linke Bürgerliste**“ in Gersfeld.

### 2.3. Wahlkampfagitiation

Die **DKP** führte einen kurzen Wahlkampf. Geworben wurde hauptsächlich mit auf den Wahlkampf ausgerichteten **DKP**-Kleinzeitungen sowie mit einem Faltblatt „Linke Politik bleibt wichtig“.

Wichtigstes Ziel der **DKP** war der Erhalt und Ausbau ihrer bestehenden kommunalpolitischen Mandate.

Durch das geänderte Wahlgesetz in Hessen sah die **DKP** die Möglichkeit, linke Positionen in die Parlamente zu tragen und diese nach außen sichtbar zu machen. Sie hatte vor Ort geprüft, in welchen Bündnissen diese inhaltlichen Positionen am ehesten durchzusetzen sind und sich dann für eine Eigenkandidatur, eine Bündniskandidatur, Kandidatur auf anderen Parteilisten oder Einzelkandidatur entschieden.

Die **DKP**-Zeitung „**Unsere Zeit**“ (**UZ**) vom 09. Februar veröffentlichte einen Artikel „Die **DKP** stellt sich in Hessen“ des **DKP**-Bezirksvorsitzenden **Michael BELTZ**. In dem Artikel heißt es: „Gründe für Kommunisten aktiv an Wahlkämpfen teilzunehmen gibt es genug. Ob gegen den rigorosen Sozialabbau oder gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens, ob für die Ausstattung der Kommunen mit mehr Geld, um dringliche Aufgaben lösen zu können - es gibt immer genug Gründe für Kommunisten Flagge zu zeigen“. Die kommunalen Parlamente - so **BELTZ** weiter - „könnten als Plattform genutzt werden, um dieses System zu entlarven und die Notwendigkeit einer sozialistische Gesellschaft aufzuzeigen“.

Insgesamt gesehen war die Resonanz auf den Wahlkampf der **DKP** in der Bevölkerung gering.

## 2.4. Wahlergebnisse und -bewertung

Die **DKP** war mit eigenen Listen nur in zwei ihrer traditionellen Hochburgen, Mörfelden-Walldorf und Reinheim, angetreten. In Mörfelden-Walldorf wo die Partei sich intensiv beim Thema Flughafenausbau engagiert, musste die **DKP** Stimmenverluste hinnehmen (8,3% der Stimmen; 4 Mandate). In Reinheim konnte die **DKP** zwar ihren Stimmenanteil verbessern, erzielte aber dennoch nicht mehr Mandate als 1997 (9,2% der Stimmen; 3 Mandate). Ihr erklärtes Wahlziel, den Erhalt der bereits bestehenden kommunalen politischen Mandate, hat die **DKP** nicht erreicht.

In Darmstadt, wo die **DKP** bei der letzten Kommunalwahl angetreten war, kandidierten **PDS** und **DKP** mit der „**PDS-DKP/offene Liste**“ gemeinsam.

## 2.5. Wahlergebnisse im statistischen Vergleich 2001 und 1997

### 2.5.1. Kreisfreie Städte

Orte	%		Sitze	
	2001	1997	2001	1997
Darmstadt (PDS/DKP)	1,3	0,6 <sup>4</sup>	1	—

### 2.5.2. Kreisangehörige Städte und Gemeinden

Orte	%		Sitze	
	2001	1997	2001	1997
Gießen	—	0,4	—	—
Mörfelden-Walldorf	8,3	10,2	4	5
Reinheim	9,2	6,1	3	3
Neuberg	—	5,3	—	2

---

<sup>4</sup> (DKP-Kandidatur)

### 2.5.3. Kreiswahlen

Orte	%		Sitze	
	2001	1997	2001	1997
Groß-Gerau	— <sup>5</sup>	1,1	—	—

---

<sup>5</sup> trat 2001 als offene Liste der PDS an

### 3. „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

#### 3.1. Ausgangslage

Die von der **MLPD** dominierten Wahlbündnisse „**AUF-Darmstadt**“ und „**AUF-Kassel**“ kandidierten erstmals zur Kommunalwahl. Das Kürzel „**AUF**“ der Wahlbündnisse ist die Abkürzung für „Alternativ, Unabhängig, Fortschrittlich“.

Ausschlaggebend für die Kandidatur der ansonsten in Hessen wenig aktiven **MLPD** war, dass aufgrund des Wegfalls der 5%-Klausel eine realistische Möglichkeit für den Einzug in das jeweilige Stadtparlament gegeben war.

#### 3.2. Wahlkandidatur

„**AUF-Darmstadt**“ mit 23 sowie „**AUF-Kassel**“ mit 25 Kandidatinnen und Kandidaten jeweils unterschiedlicher Nationalitäten setzten sich zum überwiegenden Teil aus **MLPD**-Mitgliedern zusammen.

#### 3.3. Wahlkampfagitiation

In ihrer Zielsetzung standen die Wahlbündnisse für eine Politik „von unten“, für einen überparteilichen, glaubwürdigen, solidarischen Zusammenschluß von Menschen verschiedener Initiativen, die ihrem Anliegen Gehör verschaffen wollten, da sie sich von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten fühlten.

Außerdem beabsichtigten die **AUF**-Listen gegen eine „soziale Kahlschlagspolitik“ vorzugehen, gewerkschaftliche Forderungen zu unterstützen, die „Vernichtung von Arbeitsplätzen“ zu bekämpfen und sich gegen Ausländerfeindlichkeit stark zu machen.

Im „Selbstverständnis“ der Bündnisse war man offen für alle, die gleichberechtigtes, „soziales und kulturelles Zusammenleben“ fördern wollten. Ausgeschlossen waren „Faschisten, Nationalisten und religiöse Fanatiker“.

Den Wahlkampf führten beide Wahlbündnisse über verschiedene lokale Veranstaltungen. „**AUF-Kassel**“ wollte vier Motivplakate im Stadtgebiet aufhängen, auf drei angemieteten Großflächen war die Gruppe der Kandidatinnen und Kandidaten zu sehen. Ferner waren ein Jugendforum und ein Fest vorgesehen.

### 3.4. Wahlergebnisse und -bewertung

Für die von der **MLPD** dominierten Wählerbündnisse „**AUF-Darmstadt**“ und „**AUF-Kassel**“ verlief die Wahl recht erfolgreich. Trotz eines „bescheidenen“ Kommunalwahlkampfes mit vergleichsweise geringen finanziellen Mitteln und wenigen Veranstaltungen wurden in Darmstadt 0,6% der Stimmen und in Kassel 1,3% der Stimmen erzielt. In Kassel gewann das Wahlbündnis damit einen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung. Der **MLPD** war es gelungen, ihre Anhänger zu mobilisieren.

Orte	%		Sitze	
	2001	1997	2001	1997
Darmstadt AUF-Darmstadt	0,6	—	—	—
Kassel AUF-Kassel	1,3	—	1	—



## 4. „ÖkoLinX-Antirassistische Liste“ (ÖkoLinX-ARL)

### 4.1. Ausgangslage

Anlässlich der Kommunalwahl 1993 entfielen in Frankfurt am Main auf ein Bündnis von **ÖkoLinX** und **PDS** 3.249 Stimmen.

Nachdem zur Kommunalwahl 2001 die 5%-Klausel abgeschafft wurde, rechnete sich das Wählerbündnis **ÖkoLinX-ARL** eine reelle Chance aus, in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung ein Mandat erzielen zu können.

### 4.2. Wahlkandidatur

Die **ÖkoLinX-ARL** ist ein „Bündnisprojekt“ einer Gruppe um **Jutta DITFURTH** und der Antirassistischen Liste des ehemaligen **PDS**-Bundesvorstandmitglieds **José DEL POZO**.

Innerhalb kurzer Zeit war es beiden Personen gelungen, 20 Kandidatinnen und 24 Kandidaten unterschiedlicher Nationalitäten für ihre 44 Personen umfassende „Römer-Liste“ zu gewinnen. 13 der ersten 20 Kandidatinnen und Kandidaten waren nicht-deutscher Herkunft.

### 4.3. Wahlkampfagitation

Programmatische Aussagen hat die **ÖkoLinX-ARL** in ihrem „Manifest“ getroffen. Neben regionalen Themen wie dem Flughafenausbau und dem Verkehr in den Stadtteilen spielten Argumente und Ansichten für den „antinationalistischen und antirassistischen Kampf“, der sich bei anderen linken Listen so nicht bzw. nur mit anderen Akzenten finden ließ, sowie Kritik an der Politik der Partei Bündnis 90/Die Grünen und der **PDS** eine zentrale Rolle.

So wurde unter anderem in dem „Manifest“ die Aussage getroffen, dass „Rassismus und Antisemitismus, die Ideologie von der angeblichen Überlegenheit mancher Menschen und der vermeintlichen Minderwertigkeit anderer, die bundesdeutsche

Gesellschaft durchdringt“. Die **ÖkoLinX-ARL** forderte ein Bleiberecht für alle und offene Grenzen: „Kein Mensch ist illegal.“

Das Wählerbündnis kandidierte gegen die „antisoziale grüne Kriegspartei, die sich der Kapitallogik unterwirft und grenzenlosem Wachstum hinterherkriecht sowie Umwelttechnokratie als Ökologie verkauft“.

Mit der Behauptung, dass „die Stadt Frankfurt den Kapitalismus, diese mensch- und naturvernichtende Produktionsweise, nicht allein abschaffen kann“, forderte die **ÖkoLinX-ARL** die Überwindung des bestehenden Gesellschafts-system.

Für sie war die „Frankfurter **PDS-DKP**-Liste keine linke Alternative. Sie legitimiert den subtilen bis offenen Rassismus der Ost-**PDS**. Beim nächsten Krieg ist die **PDS** dabei, wenn sie dafür mitregieren darf“.

Den Wahlkampf führte die **ÖkoLinX-ARL** in erster Linie über ihr „Manifest“, das als Hochglanzbroschüre in einer Auflagenhöhe von 50.000 Exemplaren in Frankfurt am Main verteilt wurde. Darin wurde auch um Spenden für andere geplante Wahlkampfaktionen geworben.

Zentrale Veranstaltung war am 02. März die „Lange Nacht gegen Rassismus“. Als Kabarettisten wirkten dabei die Ex-Grünen **Thomas EBERMANN** und **Rainer TRAMPERT** mit.

#### 4.4. Wahlergebnisse und -bewertung

Das Wählerbündnis „**ÖkoLinX-ARL**“ konnte in Frankfurt am Main zwar lediglich 0,9% der Stimmen erzielen, verwirklichte jedoch mit dem Einzug ihrer Spitzenkandidatin **Jutta DITFURTH** in die Stadtverordnetenversammlung ihr Wahlziel.

**DITFURTH** führte die geringe Prozentzahl der **ÖkoLinX/ARL** drauf zurück, dass die Medien „Massive Zensur“ gegen dieses Wählerbündnis ausgeübt hätten. Den Erfolg, dennoch ein Stadtverordnetenmandat errungen zu haben, sah sie darin, dass die **ÖkoLinX/ARL** sich gegen eine Erweiterung des Frankfurter Flughafens ausgesprochen hatte - aus ökologischen Gründen, aber auch um antirassistisches und antiimperialistisches Handeln (Abschiebungen und Drehscheibe für Exporte insbesondere Rüstungsexporte).

Orte	%		Sitze	
	2001	1997	2001	1997
Frankfurt am Main ÖkoLinX-ARL	0,9	—	1	—

## 5. Bündnislisten

### Wahlergebnisse im statistischen Vergleich 2001 und 1997

Personen aus extremistischen Gruppen und Organisationen, unter anderem der **PDS** und der **DKP**, kandidierten auch für Wählergruppen und Bündnislisten, die als solche nicht als extremistisch angesehen werden können. Zum Teil waren diese Personen auf vorderen Listenplätzen plaziert. Dennoch ist es nur dem **DKP**-Mitglied **Hartmut BOHRER** gelungen, ein Stadtverordnetenmandat zu gewinnen. Er kandidierte in Wiesbaden für die „**Linke Liste**“. **BOHRER** erhielt 5.412 Stimmen, womit er von Platz 5 der Liste auf Platz 1 kam.

Zur Dokumentation werden die Ergebnisse der Wählergruppen und Bündnislisten, auf denen Linksextremisten kandidierten, tabellarisch aufgelistet.

Orte	%		Sitze	
	2001	1997	2001	1997
<b>Kreisfreie Städte</b>				
Frankfurt am Main „Internationales Linkes Bündnis Frankfurt“	—	0,3	—	—
Darmstadt „Wählergruppe OS/3“	1,7	—	1	—
Wiesbaden „Linke Liste“	1,7	—	1	—
<b>Kreisangehörige Städte und Gemeinden</b>				
Friedberg „Wetterauer Alternative Liste“	1,5	—	1	—
Gersfeld „Linke Bürgerliste“	9,0	12,5	3	4

Orte	%		Sitze	
	2001	1997	2001	1997
Hessisch-Lichtenau „Alternative Liste Heli“	6,2	11,3	2	4
Rüsselsheim „Liste Solidarität“	2,7	—	1	—
<b>Kreiswahlen</b>				
Maintal „Bunte Liste Stichling“ <sup>6</sup>	—	1,0	—	—
Wetterau „Wetterauer Alternative Liste“	0,5	—	0	—

---

<sup>6</sup> trat 2001 als offene Liste der PDS an